

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und die Anwerter für die Postanfragen entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Fernsprech-Anschluss Nr. 23.

Verlagsort: Die Anzeigenverwaltung für das Erzgebirge, Anwerter für die Postanfragen, Anwerter für die Fernsprechanfragen, Anwerter für die Fernsprechanfragen, Anwerter für die Fernsprechanfragen.

Telegrams: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000.

Nr. 212

Freitag, den 9. September 1932

27. Jahrgang

Reichstagsauflösung zu erwarten

Wie entscheidet Hindenburg?

Auflösung oder Vertagung der Entscheidung?

Die Koalitionsgespräche zwischen Zentrum und Nationalsozialisten, die nach dem Katholikentag fortgesetzt werden sollten, haben bisher keine sichtbaren Fortschritte zu verzeichnen. Im Gegenteil: es ist eine Verschärfung der Stimmung eingetreten, die eher auf den Konfliktfall zwischen Reichsregierung und Parlament schließen läßt. Abg. Köbbels hat am Montagabend vor seinen Vertrauensleuten davon gesprochen, daß nationalsozialistische Politik „nur von Nationalsozialisten“ gemacht werden könne. Der Reichstagspräsident Brüning hatte am Dienstag gegenüber den deutschnationalen Hauptgruppen festgehalten, daß seine Partei nicht mit dem Zentrum verhandelt, „denn das wäre eine Sünde wider den heiligen Geist, wir unterhalten uns zu spät noch“. Diese Redewendung läßt allerdings verahnen, daß die Koalition nicht einheitslich ist. Während Straßer, sonst ein reiner Sozialist, der Auffassung zuneigt, daß man jetzt zum Ziel kommen müsse, wo man 280 Mandate stark ist, beschränken die Führer der SA einen Rückgang der Bewegung, sobald die Partei mit der Verantwortung behaftet ist. Daraus ergeben sich die Gegensätzlichkeiten in den Auffassungen. Die Notverordnung der Reichsregierung hat jedoch den Widerstand der nationalsozialistischen Agitatoren erheblich verschärft; nachdem sie die Notverordnung Papens vom Juli mit Stillschweigen ausgenommen hatten, äußert sich jetzt ihre oppositionelle Stellung mit ganzer Schärfe. Besonders sind es die sozialpolitischen Maßnahmen, die dafür den Angriffspunkt bieten. Von „Tolerierung“ läßt man nichts mehr, obwohl die Nationalsozialisten sich darüber klar sein müssen, daß der Reichspräsident die Zustimmung zur Notverordnung als das oberste Programm für jede Regierung betrachten wird. In Regierungskreisen gibt

man sich aber den Stand der Dinge keiner Täuschung hin. Der Reichskanzler wird in der Reichstagsauflösung am nächsten Montag seine Programmrede halten und dann abwarten, was die Mehrheit zu tun gedenkt. Mißtrauensanträge gegen das Kabinett liegen von sozialdemokratischer und kommunistischer Seite vor, sind aber noch nicht von den Nationalsozialisten eingebracht. Werden solche Anträge angenommen oder wird die Notverordnung abgelehnt, dann ist der Konfliktfall geschaffen, und die Reichstagsauflösung wird erfolgen. Die Regierung wird es also vollkommen in die Hand des Reichstages legen, den weiteren Lauf der Dinge zu bestimmen. Auf alle Fälle gewinnt man den Eindruck, daß bei den Parteien der geplanten schwarz-braunen Koalition eine gewisse Unruhe an weiteren Verhandlungen eingeleitet ist, mögen diese mehr oder weniger ernst gemeint gewesen sein. Man fürchtet davon einen Verlust an Zeit, Prestige und Agitationsstoff. Deshalb ist es durchaus möglich, daß die Entscheidungen schneller fallen, als es vor einiger Zeit noch angenommen wurde.

„Raum noch vermeidbar“

Berlin, 7. Sept. In politischen Kreisen interessiert man sich natürlich lebhaft für die Frage, wie sich die politische Situation nun während der nächsten acht Tage entwickeln wird. Es ist jetzt sicher, daß der Reichspräsident am Freitag zurückkehrt. Der Empfang des Reichstagspräsidenten Goering, der für Freitag oder Sonnabend in Aussicht genommen war, wird am Sonnabend stattfinden. In Kreisen der Wilhelmstraße bezeichnet man diesen Empfang als einen Höflichkeitbesuch. Am Montagmorgen wird der Kanzler im Reichstag seine große politische Rede halten, und daran schließt sich voraussichtlich die Aussprache an. In unterrichteten Kreisen glaubt man, daß bis etwa Mittwochabend eine Klärung der innerpolitischen Situation eintreten wird. Nach der augenblicklichen Beurteilung hält man die Auflösung des Reichstages für kaum noch vermeidbar. Sie würde dann also Mitte der nächsten Woche erfolgen. Die Neuwahlen würden dann in der ersten Novemberhälfte, voraussichtlich am 6. November, stattfinden.

Die Arbeitsmarktlage im Reich

Berlin, 7. Sept. Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung für die Zeit vom 16. bis 31. August waren am 31. August 1932 bei den Arbeitsämtern rund 5 225 000 Arbeitslose gemeldet worden. Gegenüber dem Stand von Mitte August ist diese Zahl um rund 158 000 niedriger. Während der Berichtzeit haben sich die neuen Bestimmungen über die Prüfung der Hilfsbedürftigkeit und über die Abgrenzung des Personenkreises der Arbeitslosen noch weiter ausgewirkt; gleichzeitig hat aber der Arbeitsmarkt einzelner Berufsgruppen auch eine tatsächliche, überwiegend in der Jahreszeit begründete Entlastung erfahren. Welchen Anteil diese verschiedenartigen Einflüsse an der Gestaltung des zahlenmäßigen Gesamtergebnisses haben, entzieht sich der Feststellung.

Am 31. August entfielen auf die Arbeitslosenversicherung rund 898 000, auf die Arbeitslosenversicherung rund 1 298 000 Hauptunterstützungsempfänger. Bei Notstandsarbeiten der werteschaffenden Arbeitslosenfürsorge waren schätzungsweise 85 000 Personen beschäftigt. Im freiwilligen Arbeitsdienst wurden Ende August rund 180 000 tatsächlich beschäftigte Arbeitsdienstwillige gezählt. Die Zahl der von den Gemeinden betrauten Wohlfahrtsberaterslosen, die nach den neuen Grundrissen der Notverordnung von den Arbeitsämtern anerkannt wurden, belief sich auf rund 2016 000.

Rückzug Hauptmann Röhm

Einspruch gegen die Veröffentlichung seiner bekannten Briefe zurückgezogen

München, 7. Sept. Der seit einiger Zeit schwebende Streit um die von Dr. Hellmut Klotz vorgenommene Veröffentlichung der bekannten Röhm-Briefe hat jetzt ein überraschendes Ende genommen. Röhm hatte gegen Klotz eine einstweilige Verfügung in der Ungelogenheit beantragt und wurde vom Landgericht abgewiesen. Die mündliche Verhandlung vor dem Oberlandesgericht, die im Juli stattfand, gelangte zu einem Versäumnisurteil, gegen das Röhm Einspruch erhob. Darüber sollte heute vor der Zweiten Kammer verhandelt werden. Vor Eintritt in die Verhandlung gab der Rechtsanwalt von Dr. Klotz bekannt, daß ihm eine halbe Stunde vor dem Verhandlungstermin eine Erklärung Röhm des Inhalts zugestellt wurde, daß Röhm seinen Einspruch zurückziehe. Eine gleichlautende Erklärung Röhm erhielt auch das Gericht. Damit ist der Antrag Röhm auf ein Verbot der Weiterverbreitung der Briefe von Dr. Klotz, die seine bekannten Briefe wieder gibt, zurückgewiesen und Hauptmann a. D. Röhm hat die ganzen Kosten des Verfahrens zu tragen.

Allgemeine Lohnsenkung bei Ford

New York, 7. Sept. Wie verlautet, wird demnächst in den Ford-Automobilwerken eine fast allgemeine Senkung der Gehälter und Löhne erfolgen, die sich auf alle Angestellten mit Ausnahme der Arbeiter, die den Mindestlohn erhalten, beziehen würde.

Empfang beim Reichspräsidenten am Freitag
Berlin, 7. Sept. Wie das Nachrichtenbüro des RPD. erklärt, ist der Termin für den Empfang des Reichspräsidenten jetzt endgültig festgesetzt worden. Der Empfang wird Freitag, vormittag 11.30 Uhr, stattfinden.

Beratungen der Sozialdemokraten

Berlin, 7. Sept. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hielt heute eine durch zwei Fachauschüsse erweiterte Beratung ab. Sie beschäftigten sich mit der innenpolitischen Lage und dem bevorstehenden Zusammentritt des Reichstages. Auch wurden die mit dem Wehrmemorandum der Reichsregierung im Zusammenhang stehenden mehr- und außenpolitischen Fragen besprochen. Als Redner für die Aussprache über die Regierungserklärung wurden zunächst die Abgeordneten Böbe und Larnow bestimmt.

Aussprache über die Durchführung des Wirtschaftsprogramms

Berlin, 9. Sept. Am Mittwochvormittag fand im Reichswirtschaftsministerium eine Aussprache zwischen den an der Durchführung des Wirtschaftsplanes hauptbeteiligten Ministern, der Reichsbank und führenden Persönlichkeiten der Unternehmerschaft statt, die hinsichtlich der Bedeutung und des Zweckes der erlassenen Notverordnung und die weitere Behandlung der noch bevorstehenden Ausführungsbestimmungen eine weitgehende Übereinstimmung ergab. Die kurze Aussprache hatte informativen Charakter. Ueber die Durchführung der sozialpolitischen Maßnahmen finden zur Zeit noch weitere Besprechungen mit Arbeitgeber und Gewerkschaften im Reichsarbeitsministerium statt.

Das Werkjahr der Akademiker

Berlin, 7. Sept. Zwischen den zuständigen Referenten des Reichsinnenministeriums und den Hochschulreferenten der Länder hat eine Fühlungnahme stattgefunden über die Frage der Einführung eines Werkjahres der Akademiker. Die Einführung dieses Werkjahres hat bei den Hochschulreferenten der Länder weitestgehende Zustimmung gefunden. Im einzelnen

soll der Plan noch in seinen Grundzügen festgestellt werden und in weiteren Besprechungen mit den Hochschulrektoren, dem Reichskommissar für den Arbeitsdienst und den Berufsorganisations erörtert werden. Man nimmt in zuständigen Kreisen an, daß diese Vorbereitungen bis Mitte nächster Woche erledigt sein können. Das Ziel der Verhandlungen ist, das Werkjahr vom 1. April nächsten Jahres ab in Kraft treten zu lassen.

Kein Zigarettenmonopol

Berlin, 7. Sept. Zu den Nachrichten über die Einführung eines Zigarettenmonopols wird von zuständiger Stelle erklärt, daß im Reichsfinanzministerium von derartigen Plänen nichts bekannt sei.

Die Gewerkschaften protestieren

Der IFA-Bund zum Wirtschaftsprogramm

Berlin, 7. Sept. Nach eingehender Beratung hat der IFA-Bundesvorstand, wie er mittelst, zu den wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen der Reichsregierung mit einer Entschiedenheit Stellung genommen, in der u. a. ausgeführt wird, daß das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung grundsätzlich dem Verlangen der Gewerkschaften nach einem Umbau der Wirtschaft und ausreichender Arbeitsbeschaffung widerspreche. Die Lebensmöglichkeit der Arbeitnehmer werde durch die Verordnung unerträglich geschmälert und alle sozialpolitischen Errungenschaften der letzten 14 Jahre würden auf schwerste gefährdet. Durch den Lohn- und Sozialabbau werde die Massenarbeitslosigkeit weiter gedrosselt. Dementsprechend wird in der Entschiedenheit angekündigt, daß die Maßnahmen der Regierung auf den schärfsten Widerstand der Gewerkschaften stoßen würden. Demängelt wird u. a. noch, daß statt der Finanzierung eines ausreichenden Arbeitsbeschaffungsprogrammes Milliarden aus öffentlichen Mitteln zur Entlastung der privaten Unternehmen eingesetzt würden, und daß die

von den Arbeitnehmern geforderte allgemeine Arbeitszeitverkürzung auf gesetzlicher Grundlage ausgeblieben sei. Die Handelspolitik müsse praktisch zur Abschneidung vom Weltmarkt führen und die Lohnpolitik müsse eine neue starke Schrumpfung des inneren Marktes im Gefolge haben. Von den Parteien, die sich im Wahlkampf für die Arbeitsbeschaffung und gegen den Lohnabbau, für die öffentliche Kontrolle der Wirtschaft, gegen die Zerstörung der sozialen Rechte eingesetzt haben, verlangt die Erklärung, daß sie ihre Mehrheit im Reichstag benutzen, die Aufhebung dieser Notverordnung herbeizuführen.

Protestschritt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Berlin, 7. Sept. Wie der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes mittelst, hat er seine Vertreter bei der vom Reichsarbeitsminister zum 8. September anberaumten Besprechung beauftragt, „energischen Protest“ gegen die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Reichsregierung zu erheben. Diese Maßnahmen werden in der Mitteilung des Gewerk-